Generation abgehängt? Die Probleme der Jugendlichen
im Dschungel der Maßnahmen zwischen Schule und Ausbildung

Der Hintergrund:

Fast 300.000 Jugendliche stecken in den zahlreichen Ersatzmaßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest – oftmals ohne Chance auf eine abgeschlossene Ausbildung. Diese Zahl vermeldete jetzt das Statistische Bundesamt in einer Schnellmeldung. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher liegen, denn Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und das Saarland haben ihre aktuellen Daten noch nicht gemeldet.

Bedeutung und Struktur des Übergangssystems:

- Die Entwicklung des Übergangssystems ist ein wichtiger Seismograph, um Herausforderungen und Friktionen auf dem Ausbildungsmarkt zu verstehen. Es zeigt, wie viele Jugendliche den Sprung noch nicht in die Ausbildung geschafft haben – und damit wie viele Jugendliche auf dem Ausbildungsmarkt zu integrieren sind.

- Rund 270.000 Jugendliche steckten 2015 in den zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest[1]. Die Mehrheit von ihnen hat einen Hauptschulabschluss (47,7 Prozent) oder einen mittleren Abschluss (26,8 Prozent).

- Die Folgen dieser Entwicklung sind gravierend: 1,22 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das sind 12,9 Prozent dieser Altersgruppe. Das heißt, pro Jahrgang gehen dem Ausbildungssystem bisher ungefähr rund 122.000 junge Menschen verloren. Diesen Menschen droht ein Leben in Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit bei den Geringqualifizierten liegt bei 20,3 Prozent. Ein Großteil der Menschen verdient unter zehn Euro brutto pro Stunde – im Westen sind es 46, im Osten gar 60 Prozent.[2]

Entwicklung des Übergangssystems:

- Gab es im vergangenen Jahrzehnt – vor allem Demographie bedingt – einen starken Abbau im Übergangsystem in absoluten Zahlen, ist dieser Rückgang seit 2011 trotz robuster Konjunktur gestoppt. Das Übergangssystem hat sich verfestigt. Schon im Jahr 2014 gab einen leichten Aufwuchs im Begleich zum Vorjahr. Im Jahr 2015 lag der Anteil der einmündenden Jugendlichen im Übergangssystem bereits über dem Stand von 2011.

---

[1] Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Mai 2016 (Nationaler Bildungsbericht), S. 102

[2] Vgl. Bundesregierung: Niedriglöhne in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag Drucksache 18/10582, Berlin, Oktober 2016, S. 10

Tabelle 1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Beruflichen Ausbildungssystems 2009 bis 2011

Jahr	Duales System	Schulberufssystem	Übergangssystem
2011	523.577 (51,6 %)	209.617 (20,7%)	281.662 (27,8%)
2012	505.523 (51,7 %)	212.079 (21,7 %)	259.727 (26,6 %)
2013	491.308 (51,1 %)	215.602 (22,4 %)	255.401 (26,5 %)
2014	481.136 (51,0 %)	210.032 (22,3%)	252.670 (26,8 %)
2015	480.674 (50,2 %)	205.735 (21,5 %)	270.783 (28,3%)

Quellen: Nationaler Bildungsbericht 2016; S. 102

- Gerade im Jahr 2015 gab es einen deutlichen Zuwachs beim Übergangssystem von 252.679 auf 270.783 Jugendliche. Dieser Zuwachs ist vor allem auf die gestiegene Zahl junger Geflüchteter zurückzuführen, die jetzt an berufsbildenden Schulen in Sprach- bzw. Integrationsklassen (die Bezeichnungen in den Ländern sind durchaus unterschiedlich) sitzen. Das ist nicht falsch, auch der DGB begrüßt diese Sprachförderung. Hier zeigt sich aber auch das Übergangssystem als Seismograph. Es wird in den kommenden Jahren darum gehen, die hohe Zahl der einheimischen Jugendlichen, die in diesen Maßnahmen-Dschungel münden, zu reduzieren. Es wird aber auch darum gehen, die jungen Geflüchteten nach erfolgreicher Sprachförderung in Ausbildung zu integrieren. Mit nur 520.300 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wie im Jahr 2016 wird das nicht funktionieren. Wir brauchen eine echte Ausbildungsoffensive.

Definition des und Kritik am Übergangssystem:

- Dieser Dschungel der Maßnahmen wurde erstmals im Nationalen Bildungsbericht 2006 als eigenständiger Sektor des Berufsbildungssystems neben dem dualen System und dem Schulberufssystem aufgeführt. Die Autoren des Bildungsberichts bezeichneten diesen neuen Sektor als „Übergangssystem" (Berufsvorbereitung, Berufsgrundbildung, teilqualifizierende Berufsfachschulen, Praktikum, Einstiegsqualifizierungen). Eine Bezeichnung, die in der bildungspolitischen Debatte auf viel Kritik stieß, da aufgrund der Vielzahl der nicht abgestimmten Maßnahmen nicht von einem System gesprochen werden kann. Folgerichtig spricht das Statistische Bundesamt in seinen offiziellen Mitteilungen mittlerweile zumindest von einem „Übergangsbereich".

- Zudem weisen viele Studien darauf hin, dass mit diesen Warteschleifen der Übergang in die berufliche Bildung allenfalls unzureichend gelingt. So haben zahlreiche Bildungsforscher die mangelnde Integrationskraft des so genannten „Übergangssystems" heftig kritisiert. Bei diesem System gehe es „weniger um eine Vorbereitung auf eine voll qualifizierende (insbesondere duale) Ausbildung, sondern überwiegend um den Einstieg in eine Phase der Unsicherheit, die oft von Maßnahmekarrieren geprägt ist."[3]

- Zwar steht eine betriebliche Ausbildung formal jedem Jugendlichen – ganz unabhängig von seinem Schulabschluss – offen, in der Realität aber entscheiden die Betriebe über den Einstieg in das duale System. Sie konnten im vergangenen Jahrzehnt aufgrund des Ausbildungsplatzmangels und der vielen Bewerberinnen

[3] Vgl. Baethge, Martin; Solga, Heike; Wieck, Markus: Berufsbildung im Umbruch – Signale eines überfälligen Aufbruchs, Berlin, 2007, S. 51

und Bewerber eine „Bestenauslese" betreiben. So kommt der Nationale Bildungsbericht 2012 zu dem Ergebnis, dass es eine „faktische Abschottung"[4] von annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe für Jugendliche mit maximal einem Hauptschulabschluss gegeben hat.

- Nur rund 53 Prozent der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss schaffen direkt den Sprung von der Schule in die Ausbildung. In der bundesweiten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern wird bei 62,3 Prozent der Angebote der mittlere Schulabschluss als Mindestvoraussetzung genannt. Insgesamt verfügen 70,4 Prozent aller Auszubildenden über eine Studienberechtigung oder einen mittleren Schulabschluss. Diese Abschlüsse werden zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt.

- „Das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem steuert weiter in eine Bildungspolarisierung hinein. In ihr steht einer großen Bildungsmittelschicht-Mehrheit eine kleine Bildungsunterschicht (zwischen 20 und 30 Prozent) gegenüber, deren berufliche und soziale Teilhabechancen zunehmend prekärer zu werden drohen", schreibt Martin Baethge, einer der Autoren des Nationalen Bildungsberichts bei der Präsentation dieser Datensammlung[5]. Seine Konsequenz: Soll es nicht zu einer weiteren Marginalisierung von fast einem Drittel der Bevölkerung kommen, müsse sich die Bildungspolitik auf die unteren Bildungs- und Ausbildungssektoren konzentrieren.

Fazit:

- Der Abbau des Übergangssystems ist gestoppt, die Zahl der Jugendlichen in Maßnahmen steigt wieder. Dies ist problematisch für die „einheimischen Jugendlichen", die den Sprung nicht in Ausbildung schaffen. Dies ist aber auch problematisch für junge Geflüchtete, die auf einen angespannten Ausbildungsmarkt kommen. Es darf nicht sein, dass immer mehr Jugendliche in Ersatzmaßnahmen landen, aber gleichzeitig die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze (2016: 43.500) steigt.

- Das gesellschaftliche Problem ist weniger der Akademisierungswahn, sondern das wieder anwachsende Übergangssystem. Erstmals gab es laut BIBB im Jahr 2016 mehr Jugendliche mit Studienberechtigung (27,7 %) als mit Hauptschulabschluss (26,7%) im dualen System. Mittlere Reife und Abitur werden zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt.

Um die Aus- und Weiterbildungschancen zu verbessern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- **Die Betriebe** müssen die **Bestenauslese beenden** – und endlich Hauptschülern verstärkt eine Chance auf Ausbildung geben. Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich zudem in der Allianz für Aus- und Weiterbildung darauf verständigt, mit der Assistierten Ausbildung die Hilfen für Betriebe und Jugendliche deutlich auszubauen. Dieses neue Instrument hilft den Unternehmen bei der Auswahl der Jugendlichen und beim Erstellen des betrieblichen Ausbildungsplans. Die **Assistierte Ausbildung** unterstützt die Jugendlichen, wenn sie zusätzliche Förderung – wie etwa Sprachunterricht – brauchen. Jetzt müssen die Betriebe dieses Instrument noch stärker nutzen (im Jahr 2016 wurden 9,932 Plätze besetzt). Zudem ist dieses Instrument, das bis zum Jahr 2018 befristet ist, zu entfristen sowie die Zielgruppe zu erweitern. Das Fachkonzept sollte flexibler gestaltet werden.

---

[4] Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2012, gefördert von KMK und BMBF, Frankfurt am Main/Berlin, Mai 2012 (Nationaler Bildungsbericht), S. 122

[5] Vgl. Baethge, Martin: Präsentation bei der Fachtagung „Bildung in Deutschland 2016, Berlin, Juni 2016, Folie 5

- Die Quote der Ausbildungsbetriebe sinkt seit Jahren. Nur noch jedes fünfte Unternehmen bildet aus. Damit dürfen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht abfinden. Wenn nur zwanzig Prozent der Betriebe ausbilden, aber einhundert Prozent von den qualifizierten Fachkräften profitieren, ist es Zeit für einen **fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Unternehmen**. Übrigens: In der Altenpflege hat man eine solche Umlage eingeführt. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Ausbildungsplätze drastisch gestiegen ist.

- Wenn die Betriebe nicht allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen, müssen weitere Lösungen gefunden werden. „Es wird neuer politischer Überlegungen zu Formen über- und außerbetrieblicher Ausbildung bedürfen", konstatieren die Autoren des Nationalen Bildungsberichts 2016 treffend. **In Regionen mit einem problematischen Ausbildungsmarkt müssen marktbenachteiligte Jugendliche die Chance bekommen, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen.** Diese Ausbildung soll **noch enger mit den Betrieben verzahnt** werden. Hierbei sind die Sozialpartner vor Ort eng einzubeziehen.